

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Halbjährlich 10,- RM. Vierteljährlich 5,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Postwechselungen, wenn sie gegen. Im Falle höherer Verteilungskosten behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Abbestellungen sind nur, wenn Rückporto beiliegt, zu berücksichtigen.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Hgl., die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 8-spaltige Raumzeile im unteren Teile 1 RM. Nachmeldungsgebühr 20 Reichspfennig. Belegblätter und Platzveränderungen sind möglich. Anzeigen für die Klugheit der Redaktion sind nicht zu garantieren. Jeder Abbestellungsdruck, wenn der Betrag durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 21 — 92. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postbez.: Dresden 2640      Mittwoch, den 25. Januar 1933

## Gebrochenes Recht.

Seitdem es ein Minderheitenrecht gibt, ist es gebrochen worden! Selbst der frühere französische Außenminister Briand, dem von mancher Seite ein größeres Entgegenkommen Deutschland gegenüber nachgesagt worden ist, hat in Genf auf dem Völkerbund sich einmal sehr unwirsch gegen die „fortdauernden lästigen Beschwerden“ namentlich der deutschen Minderheiten geäußert. Auch der deutsche Versuch, 1930 im Anschluß an die Annahme des Young-Planes mit Polen zu einer Verständigung zu kommen, durch die die Deutschen jenseits unserer Ostgrenze wenigstens einigermaßen von den Kolonisationsmaßnahmen geschützt werden sollten, scheiterte sehr bald. Neue deutsche Protestnoten mußten im Völkerbund überreicht werden, und so ganz vergesen ist es doch noch nicht, daß Ende des Jahres 1930 die Reichsregierung wieder in Genf über die Wahlbeeinträchtigung, über Gewaltakte, und vor allem über das Vergehen des behördlichen Schutzes in Polen gegenüber den deutschen Minderheiten Beschwerde erhoben worden ist. Erst dauerte es aber wieder in halbes Jahr, ehe man sich in Genf dazu entschließen konnte, diesen deutschen Beschwerden recht zu geben; die Rolle, die der damalige polnische Außenminister Zaleski vor dem Völkerbund spielen mußte, war wirklich nicht sehr beneidenswert! Außerdem mußte deutscherseits der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag unaufhörlich angerufen werden, der aber auch schließlich nur zugunsten der Deutschen Recht sprach, ihnen aber kein Recht verschaffen konnte.

Die sogenannte Agrarreform gibt seit Jahren den polnischen Behörden die Möglichkeit, deutsche Güter zu enteignen, um sie zur Aufweilung zu bringen. Alle deutschen Proteste hiergegen haben zu nichts geführt, obwohl die Listen der zu enteignenden Güter in Polen fast ausnahmslos deutsche Namen aufwiesen. Beim Völkerbund hat man für die Behandlung der Minderheitenbeschwerden vor einigen Jahren, angeblich zur Beschleunigung der Prozedur, einen Ausschuss von drei Delegierten gebildet, der aber auch nicht schneller arbeitet, als sein Vorgänger, der Völkerbundrat, selbst es tat. Nun schlägt eine deutsche Note an alle Mächte in Genf vor, „die gesamten seit Jahren vor dem Völkerbundrat anstehenden, das Deutschum in Polen unmittelbar berührenden Fragen nunmehr zur endgültigen Entscheidung direkt vor den Internationalen Haager Schiedsgerichtshof zu bringen“.

An und für sich bedeutet dieser deutsche Antrag nichts anderes als die Feststellung: Es ist zu efflos geworden, in Genf den Minderheiten ihr Recht verschaffen zu wollen, denn dort spricht nicht das Recht das entscheidende Wort, sondern die Politik. Als Deutschland vor sieben Jahren Mitglied des Völkerbundes wurde, ist dies nicht zuletzt deswegen geschehen, weil die deutsche Regierung vor dem Forum in Genf den Übergriffen gegen die deutschen Minderheiten entgegenwirken wollte. Wir haben dabei Enttäuschungen über Enttäuschungen erlebt, nicht bloß immer wieder mit den Polen, sondern mit einer noch weitaus empfindlicheren Form, z. B. in der Memelfrage. Ferner ist gerade jetzt in einem Prozeß, der in Warschau gegen einen bekannten polnischen Politiker geführt wurde, massenhaftes Material darüber vor die Öffentlichkeit gebracht worden, wie die polnischen Behörden, an ihrer Spitze der oberste polnische Beamte Gracynski, den Kampf gegen das dortige Deutschum führen.

Alle deutschen Anstrengungen, über den Völkerbund unseren Volksgenossen jenseits der Grenze zu helfen, sind zur Erfolglosigkeit verurteilt, weil selbst die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtshofes von den polnischen Behörden oft genug einfach beiseitegelegt wurden. Dann erscheint der betreffende „Fall“ von neuem beim Völkerbundrat und dann dort wiederum eine lange, aber vergebliche Leidenszeit der „Behandlung“ durchmachen.

Zu dieser Art, das Recht der Minderheiten zu mißhandeln, obwohl es im Völkerbundsstatut und zahlreichen Verträgen festlich „niedergelegt“ ist, paßt es ganz ausgezeichnet, wenn im Präsidium der Abrüstungskonferenz der tschechische Außenminister Beneš die gegen die Regierungen ihres Landes beschwerdeführenden Minderheiten mit jenen Landesverrätern auf die gleiche Stufe stellte, die dem zukünftigen Internationalen Kontrollausschuß über geheime Rüstungen des eigenen Landes Mitteilungen machen und dafür — Straflosigkeit haben würden!

Die Millionen Deutscher, die durch die Grenzziehungen der Pariser „Voris“-Verträge von der deutschen Heimat abgerissen worden sind, erfüllen ihre staatlichen Pflichten aufs pfeiflichste; doch was sie auf Grund der „Verträge“ zu fordern haben, ist die Möglichkeit, an der deutschen Sprache und der deutschen Kultur festzuhalten, in der sie geboren sind.

## Deutschnationale Absage an Schleicher.

### Die Verhandlungen der Parteien.

bleibt es bei der Reichstagsfraktion? In Anbetracht des Zusammentritts des Ältestenrats des Reichstages am kommenden Freitag bemühen sich die Reichstagsfraktionen, nach Möglichkeit eine Klärung der politischen und parlamentarischen Lage bis zu diesem Zeitpunkt herbeizuführen. Zu diesem Zweck haben auch am Dienstag weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auf der einen Seite und von Nationalsozialisten und Angehörten des Zentrums auf der anderen Seite stattgefunden. Hitler, der Berlin bereits verlassen hat, hat den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Göring und Frick Verhandlungsvollmachten erteilt. Allerdings werden die Erfolgsaussichten zur Bildung einer parlamentarischen Regierung noch immer sehr gering eingeschätzt.

Bei den Besprechungen zwischen den Parteien spielt auch die Frage eine Rolle, ob etwa die für den 31. Januar angelegte Vollstreckung des Reichstages nochmals verschoben werden könnte. Die Reichsregierung hat zwar in ihrer letzten Sitzung des Ältestenrats erklären lassen, daß sie unbedingt auf die Klärung des Verhältnisses vom Reichstag zur Reichsregierung Wert lege, und daß sie einer längeren Verschiebung der Reichstagsfraktionen nicht zustimmen könne. Doch tauchen neuerdings wieder Gerüchte auf, daß das Reichskabinett sich vielleicht doch noch mit dem Vorschlag einverstanden erklären würde, die nächste Sitzung des Reichstages erst dann abzuhalten, wenn der Reichshaushalt für 1933 mit zur Beratung vorliegt. Diesen Vorschlag haben bekanntlich die Nationalsozialisten in der letzten Sitzung des Ältestenrates nicht gemacht, er allerdings bei den anderen Parteien auf Gegenliebe gestoßen wäre. Weiterhin wird auch wieder der Gedanke eines Bürgerfriedens

erwogen, der in Kraft treten soll, falls die Verhandlungen der Wehrheitsparteien doch wieder scheitern sollten. Durch einen solchen Bürgerfrieden will man evtl. Neuwahlen hinauschieben, falls der Reichstag bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung Schleicher aufgelöst werden sollte. Alle diese Pläne befinden sich aber noch im Stadium der Beratung. Unterdessen wird in der Öffentlichkeit weiter lebhaft über die Frage des Staatsnotstandes diskutiert, der dann eintreten würde, wenn sich im Reichstag keine Mehrheit zu praktischer Zusammenarbeit finden würde. In der Presse der Rechten wird die Meinung vertreten, daß bei einer solchen Lage der Reichspräsident berechtigt sein würde, den Reichstag nach Hause zu schicken, ohne vor der Hand Neuwahlen anzukündigen, da ein arbeitsfähiger Reichstag nicht zustande komme. In den Mätern des Zentrums und der Linken wird indessen gegen solche Pläne lebhafter Widerspruch laut da sie nach Auffassung dieser Kreise mit der Verfassung nicht zu vereinbaren wären. Die Reichsregierung läßt im übrigen betonen, daß sie keine Erwägungen über die Erklärung eines Staatsnotstandes anstelle.

Aus sonst gut unterrichteter Quelle verlautet indessen, daß im Schoße der Reichsregierung, falls alle anderen Möglichkeiten versagen würden, die Erschließung eines neuen verfassungsmäßigen Weges erwogen wird, wobei man sich nicht an den Begriff Staatsnotstand zu halten brauche. An welche neuen Wege hierbei gedacht ist, wird noch nicht verraten, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß man vielleicht an ein Volksbegehren oder ähnliches denkt.

### Absage der Deutschnationalen an Schleicher.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht zur innenpolitischen Lage eine Entschlieung, deren wesentlicher Inhalt bereits am Sonnabend dem Reichskanzler von Schleicher bekanntgegeben worden war. In der Entschlieung heißt es: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist der Auffassung, daß eine grundsätzliche Entscheidung in einer Reihe von Lebensfragen der Nation, insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftsfragen erforderlich ist, um der unerträglichen sozialen Not zu steuern. Dazu muß in erster Linie eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen, um die erforderliche Schlagkraft und die Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik, sicherzustellen. Wazu lange dauern schon jetzt die mit der Demission des Papen-Kabinetts begonnenen Verhandlungen und Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis beim Volke zu finden. Die an sich

schon so großen Gegensätze im Lande vertiefen sich immer weiter.

Der unnatürliche Gegensatz zwischen Stadt und Land wird vertieft, während eine wahrhaft fruchtbare Wirtschaftspolitik nur auf der Grundlage des Bewußtseins geführt werden kann, daß Stadt und Land eine untrennbare Schicksalsgemeinschaft bilden. Ohne ein Wiederanstrengen der nationalen Güterproduktion und damit der Arbeit und der Kaufkraft ist die Lage des deutschen Volkes nicht zu verbessern. In der Wirtschaftspolitik wird ein neues Abgleiten in sozialistisch-internationale Gedankengänge immer deutlicher. Eine besondere Gefahr bedeutet es, wenn man Gegensätze zwischen groß und klein vor allem in der Landwirtschaft entstehen läßt und dadurch die Gefahr eines Bolschewismus auf dem flachen Lande hervorruft. Überall taucht der Verdacht auf, daß die jetzige Reichsregierung nichts anderes bedeuten werde als die Liquidation des autoritären Gedankens.

Von dem Zeitpunkt der Demission des Kabinetts Papen hat die Deutschnationale Volkspartei vor einer solchen Entwicklung ständig gewarnt. Die deutschnationale Reichstagsfraktion gibt erneut ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Staats- und Wirtschaftskrise nur durch eine starke Staatsführung überwunden werden kann.

### Die Reichsregierung zur Absage der Deutschnationalen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird die Regierung auf die heutige deutschnationale Erklärung bei passender Gelegenheit antworten. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, erklärt man, die Erklärung sei wohl die Luitung darauf, daß der Kanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzunehmen. Was die Bemerkung über sozialistisch-internationale Gedankengänge der Regierung anbetreffe, so frage man sich, ob damit vielleicht die Lösung von Zollbindungen gemeint sei. Insofern sei die Erklärung allerdings zu begrüßen, als dadurch eine wenn auch negative Klärung der politischen Lage eingetreten sei, da die Deutschnationalen nunmehr der Regierung eine Absage erteilt hätten.

### Weitere 50 Millionen für Hausreparaturen.

In der am Dienstag stattgefundenen Kabinettsitzung ist beschlossen worden, weitere 50 Millionen Mark für Hausreparaturen zur Verfügung zu stellen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird nunmehr in Übereinstimmung mit dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung weitere 20 Millionen Mark zur Ausführung von landwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Verteilung bringen. Insgesamt sind demnach auf Grund der Vorverordnung vom 14. Juni 1932 für landwirtschaftliche Meliorationen 45 Millionen bereitgestellt worden. Für den gesamten Kreditbetrag von 45 Millionen Mark ist es durch Entgegenkommen des Reichsministers der Finanzen möglich geworden, die Darlehensbedingungen auf 3 Prozent Zinsen, 0,5 Prozent Verwaltungskosten und 3,24 Prozent Tilgung (nach drei Jahren), d. h. um insgesamt 3 1/2 Prozent, zu ermäßigen.

### Anfang Februar Vergebung von Aufträgen aus dem Sofortprogramm.

Die ersten Aufträge aus dem 500-Millionen-„Sofortprogramm“ des Reichskommissars werden in der ersten Februarwoche vergeben werden. Die von der Reichsbahn vorgesehenen 280 Millionen sind bereits vergeben worden, davon 132 Millionen an die Reichsbahndirektionen, während der Rest zentral vergeben worden ist. Auch die Reichspost, die für das Arbeitsbeschaffungsprogramm 34 Millionen angelegt hatte, hat ihre Aufträge bereits vergeben. Dazu kommen noch die weiter beschlossenen, jetzt bewilligten 50 Millionen Mark für die Hausreparaturen.

### Der „Youngplan“ Rumäniens mit dem Völkerbund paraphiert.

Genf, 24. Januar. Die seit dem September vorigen Jahres geführten Verhandlungen zwischen der rumänischen Regierung und dem Finanzausschuß des Völkerbundes haben nunmehr zur Paraphierung eines Abkommens geführt, das in den nächsten Tagen dem Völkerbundrat vorgelegt werden wird.

**Gebt zu der Winterhilfe!**